

Stephan Fessen

Vergangenheitsbewältigung auf
Südafrikanisch
- Die Wahrheits- und Versöhnungs-
kommission auf dem Prüfstand

Südafrika vom 09.08. - 20.09.1998,
betreut von Thomas Wilfberger

Inhalt

0	Eine afrikanische Geschichte	132
	Vorwort	132
1	Daten zur Erläuterung	133
2	Entstehungsgeschichte der Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC)	133
3	Aufgaben und Arbeitsweise	134
4	Zwei Jahre TRC - die Eigenbilanz	142
5	Versöhnung - die nationale Aufgabe	144
6	Fazit	156



Stephan Fessen, geboren am 2. Juni 1964 in Eutin. Studium der Politologie und Publizistik in Freiburg und an der Freien Universität Berlin. Nach dem Diplom (Juli 1990) Besuch der Journalisten-Schule IFM in Bruchsal/Baden-Württemberg. Praktika bei Radio Victoria (Baden-Baden), Fünfkirchener Rundfunk (Pecs, Ungarn). November 1992 bis April 1995 Redakteur bei RadioRopa Info (Daun/Eifel). Mai bis September 1995 Freie Mitarbeit beim Deutschlandfunk (Köln). Juni bis September 1995 Nachrichten-Redakteur beim WDR (Köln). Seit Oktober 1995 Nachrichten-Redakteur beim Deutschlandfunk.

0. Eine afrikanische Geschichte

Eine afrikanische Geschichte: Sechs lernbegierige Blinde berühren einen Elefanten. Der erste untersucht die massive Seite des Tiers und kommt zu dem Schluss: Ein Elefant ist eine Wand. Der zweite berührt die großen Stoßzähne und glaubt: Ein Elefant ist ein Speer. Der dritte fasst an den Rüssel und ist überzeugt, dass ein Elefant einer Schlange ähnlich ist. Der vierte berührt eines der Beine und meint, ein Elefant fühlt sich an wie ein Baumstamm. Der fünfte, der am Ohr des Elefanten steht, gelangt zu der Ansicht, ein Elefant sieht so aus wie ein Fächer. Der letzte schließlich berührt den Schwanz und zieht daraus den Schluss, dass ein Elefant Ähnlichkeit mit einem Seil hat. In der darauffolgenden Diskussion können sich die sechs Blinden nicht einigen, weil jeder die anderen von der Richtigkeit seiner Erfahrung überzeugen will. Sie hatten alle recht und doch lagen sie alle auch falsch!

Vorwort

Eine der Haupttätigkeiten der „Wahrheits- und Versöhnungskommission“ (TRC), nämlich die Sitzungen des Menschenrechtskomitees, wird in dieser Arbeit nur kurz erwähnt. Das Komitee hatte seine Tätigkeit zum Berichtszeitpunkt bereits abgeschlossen. Was die TRC betrifft, so liegt der Schwerpunkt auf dem Amnestiekomitee, das ausführlicher dargestellt wird. Auch die Betrachtung über den Abschlussbericht der TRC wird nur kurz ausfallen, da sich die Veröffentlichung des mehrere tausend Seiten starken Werks um drei Monate verzögerte und nicht mehr in die Zeit des Aufenthalts fiel. Die daraus resultierenden Umstände und eine Neubewertung der Situation während des Aufenthalts führten dazu, dass der Blick über die TRC hinaus gerichtet wurde. Wenngleich die TRC in der Nach-Apartheid-Ära Südafrikas von der Öffentlichkeitswirkung her sicherlich als gewichtig einzustufen ist, gibt es

eine Vielzahl von Organisationen, die ebenfalls in puncto Versöhnung wertvolle Arbeit leisten und deswegen in diesem Bericht Eingang finden sollen.

1. Daten zur Erläuterung

Um die Einordnung der Wahrheits- und Versöhnungskommission in die südafrikanische Gesellschaft zu erleichtern, zunächst einige Fakten: Im Sommer 1998 wurden die Daten der jüngsten umfassenden Volkszählung in Südafrika publiziert. Umfassend deshalb, weil erstmals alle Einwohner ungeachtet ihrer Hautfarbe erfasst wurden. Die Zahlen beziehen sich auf eine Umfrage des Statistischen Zentralamtes von 1996. Ergebnis: Südafrika ist noch immer tief gespalten und stark vom Erbe der Apartheid geprägt. Registriert wurden 40,58 Millionen Menschen. 76,6% von ihnen sind Schwarze, 10,6% Weiße, 8,9% Mischlinge und 2,6% Inder. Jeder zweite Schwarze ist arbeitslos, in den Townships sind es 80% und mehr. Bei den Weißen liegt die Arbeitslosenrate bei 4,6%. Die weiße Bevölkerung hat noch immer bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und vor allem bei den qualifizierten Stellen. 32% der Weißen ohne Abitur haben solche Posten, aber nur 8% der Schwarzen. Am höchsten ist die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren in ländlichen Gebieten. Ein Drittel aller weißen Frauen und zwei Drittel aller weißen Männer verdienen etwa 3.500 Rand (etwa 1.200 DM, Stand August 1998) im Monat, bei den Schwarzen erzielt nur jeder 20-ste ein Einkommen in dieser Höhe. Nur 3% aller Schwarzen durchlaufen eine höhere Schulbildung, bei den Weißen sind es 24%. Fast ein Fünftel aller Südafrikaner besuchte nie eine Schule. 17% der Bevölkerung leben in primitiven Hütten, nur knapp 45% verfügen über einen Wasseranschluss am Haus beziehungsweise an der Hütte. Anhand dieser Zahlen wird deutlich, dass die Arbeit der TRC in einem schwierigen Umfeld stattfand.

2. Entstehungsgeschichte der Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC)

Südafrika hat einen bemerkenswerten Weg hinter sich. Geprägt von jahrhundertlang andauernder Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung hat es weitgehend erfolgreich versucht, den Übergang vom rassistischen Apartheid-Staat in ein demokratisches System zu vollziehen. Dass dies möglich war, ist insbesondere den politisch Verantwortlichen, Nelson Mandela und Frederik Willem de Klerk, zu verdanken. Beide suchten nach einem Weg, den Übergang friedlich zu gestalten bei gleichzeitiger Einbeziehung der früheren Machthaber sowie deren Gefolgsleute. Dabei standen sowohl de Klerk als auch Mandela unter dem Druck ihrer jeweiligen Anhängerschaft. De Klerks Ziel musste es sein, eine General-Amnestie für alle zu erreichen, die möglicherweise aufgrund ihrer Vergangenheit unter der schwarzen Regierung mit einem Gerichtsprozess rechnen mussten. Mandela wollte und durfte das

geschehene Unrecht nicht ungestraft lassen. Die beiden Ziele endeten in einem Kompromiss mit hohem Anspruch: Sie vereinbarten, die Apartheid-Vergangenheit zu untersuchen und öffentlich zu machen. Desweiteren wurde angestrebt, beide Lager dazu zu bringen, sich anzunähern und miteinander zu sprechen. Dies alles sollte in einen Versöhnungsprozess münden. Die Vorstellungen wurden in der Wahrheits- und Versöhnungskommission zum Ausdruck gebracht (TRC). Im Juli 1995 verabschiedete das südafrikanische Parlament das „Gesetz zur Förderung der Nationalen Einheit und Versöhnung“, dem die Gründung der TRC folgte. Schwerpunkt, so der Vorsitzende der Kommission, Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu, sei es, die Würde der Opfer wiederherzustellen, Wiedergutmachung für sie zu erreichen und nicht auf Vergeltung zu pochen.

3. Zusammensetzung, Aufgaben und Arbeitsweise

Die TRC wurde aus 17 Mitgliedern gebildet, die von Präsident Mandela ernannt wurden. Unter dem Vorsitz von Desmond Tutu und dessen Stellvertreter Dr. Alex Boraine konnte die Arbeit beginnen. Damit sie ihre Aufgabe wahrnehmen konnte, wurden der TRC drei Gremien zur Seite gestellt. Erstens: Das Komitee zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen: Menschen, die besonders unter dem Apartheid-Regime gelitten hatten, deren Angehörige gefoltert, verschleppt oder ermordet wurden, sollten die Möglichkeit bekommen, ihre Geschichte, ihre Wahrheit, in der Öffentlichkeit zu erzählen. Voraussetzung dafür war, dass die Gewalttaten in einem politischen Zusammenhang begangen worden waren. Das Menschenrechtskomitee kann die Untersuchung eines Falls veranlassen, um den Tathergang zu prüfen und die Verantwortlichen ausfindig zu machen (dafür stand eine 'Investigative Unit' zur Verfügung). Zweitens wurde das Amnestie-Komitee eingerichtet. Es gibt den Tätern die Möglichkeit, unter bestimmten Bedingungen Straffreiheit zu erlangen. Voraussetzungen sind ein volles Geständnis und der Nachweis eines politischen Motivs für die Tat. Die Betroffenen hatten bis Mai 1997 Gelegenheit, einen Amnestieantrag zu stellen. In begründeten Fällen sollten sie die Chance erhalten, sich vor dem Komitee zu ihrer Tat zu äußern. Dem Komitee obliegt auch die Entscheidung darüber, ob Amnestie gewährt wird oder nicht. Wird sie erteilt, ist der Spruch endgültig und überstimmt auch ein bereits rechtskräftiges Gerichtsurteil. Drittens wurde ein Komitee für Reparation und Rehabilitation ins Leben gerufen. Es erhält Informationen über die Opfer von den beiden anderen Komitees und spricht Empfehlungen aus, wie und in welcher Weise den Opfern geholfen werden sollte. Übergeordnetes Ziel der TRC ist es, den Prozess zum Aufbau einer Demokratie zu unterstützen. Innerhalb von zwei Jahren - so die ursprüngliche Planung - wollte das Gremium die Menschenrechtsverletzungen zwischen dem März 1960 und Mai 1994 aufarbeiten. Die TRC sollte dazu beitragen, eine Menschenrechtskultur zu entwickeln und ein lückenloses Bild über die jüngste Vergangenheit erstellen helfen.

3.1. Das Menschenrechtskomitee:

Da dieses Komitee seine Tätigkeit bereits vor meiner Einreise abgeschlossen hatte, soll es nur in groben Zügen dargestellt werden, ohne sein Gewicht und seine Verdienste damit zu schmälern. Die Aufgabe des Menschenrechtskomitees war alles andere als leicht. Grausame Geschichten über Verbrechen, die während der Apartheidzeit vor allem von Sicherheitskräften begangen wurden, kamen ans Tageslicht. Psychologen hatten oftmals damit zu tun, vollkommen traumatisierten Menschen zu helfen. Die Anhörungen wurden im Fernsehen und im Hörfunk übertragen oder in Zusammenfassungen ausgestrahlt. Von Anfang an aber hatte das Komitee mit einer Schiefelage zu kämpfen: Der Gedanke war, Täter- wie Opferseite die Möglichkeit zu geben, ihre Sicht der Dinge darzustellen. Wahrgenommen wurden die Anhörungen dieses Komitees aber fast nur von der schwarzen Bevölkerung, von Opfern, die sich Aufschluss über die ungeklärten Vorfälle der Vergangenheit erhofften. Von der Täterseite her gab es nur wenige, die bereit waren, Unrecht zuzugeben. Beispiele hierfür sind Dirk Coetzee, der der berüchtigten Vlak-Plaas-Einheit angehörte, die durch ihre Brutalität traurige Berühmtheit erlangte und der ehemalige Polizeigeneral Nic van Rensburg. Coetzee wurde für seine Offenheit amnestiert (immerhin kam die ganze Wahrheit über den Fall Steve Biko zutage, der die „Black Consciousness-Bewegung anführte und 1979 unter ungeklärten Umständen im Gefängnis ums Leben kam). Die meisten hohen Funktionsträger des Apartheid-Regimes aber schwiegen oder verweigerten die Aussage, weil sie sich im Recht sahen (sie verschanzten sich meist hinter Aussagen wie „im Interesse Südafrikas“ oder „im Kampf gegen den Kommunismus“ gehandelt zu haben). Die Gefahr, dass Greuelthaten, an denen sie direkt oder indirekt beteiligt waren, ans Tageslicht kommen würden, war gering. Nur wenige hatten Kenntnisse über den früheren Sicherheitsapparat und Anfang der 90-er Jahre soll auf dem Hof der Geheimpolizei in Pretoria ein Feuer gebrannt haben, in dem vermutlich die meisten belastenden Akten vernichtet wurden. Aber auch der ANC - immerhin Regierungspartei - sah keine Veranlassung, mit der TRC zusammenzuarbeiten. Bis heute gibt es in der Organisation nur wenige, die zugeben, dass in ihren Gefangenen-Lagern in Angola und Sambia gefoltert wurde.

Wie schwer Vergangenheitsbewältigung ist, zeigt auch die Tatsache, dass die erste Anhörung vor dem Menschenrechtsausschuss in East London im April 1996 wegen einer Bombendrohung mit Verzögerung begann. Wichtig für die Opfer war stets, den Teil der Geschichte kennenzulernen, den sie sich bisher nur zusammenreimen konnten. Allerdings wurden sie in diesem Punkt häufig nicht zufriedengestellt. Am ersten Tag wurde eine Zeugin gehört, der in den 80-er Jahren mitgeteilt worden war, dass ihr Mann - ein Anti-Apartheid-Aktivist - im Gefängnis Selbstmord begangen habe. Die Frau schenkte der Behauptung der Polizei keine Beachtung und strengte einen Prozess an. Ein Gericht befand schließlich, dass niemand für den Tod ihres Mannes verantwortlich zu machen sei. Die Frau erhielt eine Rechnung über die Gerichtskosten, wurde ein halbes Jahr eingesperrt und verlor ihre Anstellung als Leh-

rerin. Die Polizei habe sie während ihrer Haftzeit zu einer Falschaussage zwingen wollen, erzählt sie weiter. Sie kann sich noch an einen Namen erinnern, den sie auch nennt. Ihren Peiniger wird sie aber nie zu Gesicht bekommen. Eine Entschuldigung steht bis heute aus. Obwohl mutmaßliche Täter vor der Verhandlung informiert werden, erschien der Polizist nicht, nahm die Chance nicht wahr, seine Wahrheit darzustellen. Nach wie vor weiß die Frau nicht wirklich, was sich tatsächlich hinter den Gefängnismauern ereignet hat. Klar ist aber, dass sich ihr Mann nicht selbst umgebracht hat. Immer wieder äußern Opfer, sie würden gerne verzeihen, wenn sie nur wüssten wem.

3.2. Reparation und Rehabilitation:

Im April 1998 billigte die Regierung Richtlinien zur finanziellen Unterstützung von Opfern. Menschen, die von der TRC als Opfer anerkannt wurden, konnten sich Hoffnungen auf etwa 2.000 Rand machen (umgerechnet etwa 700 DM) bei außergewöhnlichen Umständen auch mehr. Bis August 1998 war in dieser Hinsicht aber noch keine Entscheidung gefällt worden, was Kritik seitens der TRC hervorrief. Die Vorschläge lagen nach Angaben von Dr. Wendy Orr vom „Reparation and Rehabilitation Committee“ mehrere Monate beim Justizminister, ohne dass ein Gesetz ins Parlament eingebracht wurde. Vorgesehen ist, den Opfern über einen Zeitraum von sechs Jahren Reparationen zukommen zu lassen. Außerdem befürwortet das Komitee symbolische Reparationen, zum Beispiel in Form von Gedenktagen oder Monumenten oder in Form von Umbenennungen von Straßen, Gebäuden oder Plätzen. Desweiteren sollen die Opfer auf Hilfsangebote hingewiesen werden (Gesundheitsvorsorge, Sozialdienste). Das Komitee beziffert die dafür erforderliche Summe auf drei Milliarden Rand in den kommenden sechs Jahren (umgerechnet circa eine Milliarde Mark) Im Oktober 1998 wurden überraschend die ersten Reparationszahlungen geleistet. Etwa 800 Opfer erhielten zwischen 2.000 und 6.000 Rand (ca. 650 bis 2.000 DM) Etwa 13.000 Menschen haben einen Antrag gestellt.

3.3. Das Amnestie-Komitee

3.3.1. Zum Procedere:

Ist ein Amnestie-Antrag gestellt, werden die vom Täter gemachten Angaben daraufhin geprüft, ob es sich um schwere Menschenrechtsverletzungen handelt oder nicht. Werden noch weitere Informationen benötigt, kommen Spezialisten zum Einsatz, die Klarheit über den Sachverhalt schaffen sollen. Danach werden die Antragsteller darüber informiert, ob ihr Fall vor der Kommission abgehandelt wird oder vor Gericht kommt.

3.3.2. Anhörungen (Bloemfontein im August 1998):

3.3.2.1. Vorwort:

Es ist klar, dass die unten erwähnten Fälle nur einen Ausschnitt eines Pakets darstellen, das insgesamt mehr als 7.000 Anträge umfasst. Eine Verallgemeinerung kann daraus nicht abgeleitet werden. Ebenso wird nicht der Anspruch erhoben, den Amnestie-Prozess anhand der Fälle umfassend bewerten zu können.

3.3.2.2. Die Anhörung am 21. August 1998:

Das Gebäude in Bloemfontein - übrigens eine Hochburg des Burentums -, in dem über den Amnestie-Antrag entschieden werden soll, ist eine Schule. Stacheldraht zeigt an, in welchen Räumen die Anhörung stattfindet. Bewaffnete Polizisten sichern das Gelände. Das südafrikanische Fernsehen ist anwesend, außerdem ein paar Journalisten. Die Öffentlichkeit von Bloemfontein nimmt kaum Notiz von der TRC. Am Eingang des Anhörungs-Saals wird ein Security-Check vorgenommen. Die Sicherheitsvorkehrungen werden lax gehandhabt. Wer wollte, könnte ungehindert eindringen. In der Schulaula, die mehreren hundert Menschen Platz bietet, verlieren sich vielleicht 20 Besucher, vorwiegend Opfer oder Angehörige von Opfern und Tätern sowie die Täter selbst. Auf dem Podium nehmen der Vorsitzende Richter, zwei Beisitzer, der Antragsteller und die Anwälte von Opfer- und Täter-Seite Platz. Der Prozessbeginn verschiebt sich um mehr als eine Stunde, weil nicht alle Opfer rechtzeitig mitbekommen haben, dass an diesem Tag ihr Fall abgehandelt werden soll. Aufgeregtes Telefonieren des Vorsitzenden Richters bringt keine Klarheit. Schließlich eröffnet er sichtlich genervt die Verhandlung und stellt den Sachverhalt kurz vor: In der Zeit von Juli bis Oktober 1993 haben sich die Antragsteller - darunter George Thabang Mazete -, die dem bewaffneten Arm des „Pan African Congress“, der APLA (Azanian Peoples Liberation Army), angehören, in der Ortschaft Wesselsbron aufgehalten, um sich Waffen zu beschaffen. Nachdem dies geschehen war, wurden sie von einer Polizeistreife gestoppt. Es gab eine Schießerei, in deren Verlauf der Fahrer des Polizeiwagens verletzt wurde. Mit Hilfe von Verstärkung konnten die Täter schließlich dingfest gemacht werden. Dieses Ereignis ist in personeller Hinsicht eng mit einem Überfall auf einen Supermarkt von Wesselsbron verknüpft, bei dem nicht nur Geld geraubt, sondern auch fünf Menschen (Weiße) erschossen wurden. Dafür hat Mazete keine Amnestie beantragt. Er will nicht dabei gewesen sein. Das schafft Verwirrung. Dem Ausschuss fehlen Unterlagen, unter anderem das Geständnis, das Mazete vor Gericht abgelegt hat. Andere Schriftstücke sind nicht kopiert worden, liegen niemandem vor, so dass es kompliziert wird den Einzelheiten zu folgen. Der Vorsitzende Richter bemüht sich, bohrt nach. Wann was gewesen sei und mit wem. Mazete sitzt unbewegt da, wirkt so, als ob er jedes Wort zuviel vermeiden will, um keinen Fehler zu begehen. Er erweckt nicht den Eindruck, ein volles Geständnis ablegen zu wollen. In einer Verhandlungspause sondert er sich mit einigen

Bekannten ab. Schließlich stellt sich heraus: Mazete war offenbar doch an dem Überfall auf den Supermarkt beteiligt, will aber nicht geschossen haben. Wiederum gibt es Verwirrung. Die Zahl seiner Komplizen ist unklar. Durch intensives Nachfragen kommt heraus, dass einer der Täter sowohl mit seinem richtigen als auch mit seinem Spitznamen vermerkt wurde. Mazete antwortet meist nur mit Ja oder Nein, fügt manchmal einen, in seltenen Fällen zwei Sätze hinzu. Manchmal widerspricht er sich. Der Richter lässt nicht locker. Er sieht hinter dem Überfall auf den Supermarkt ein politisches Motiv. Niemand habe sich bereichert. Außerdem ist offensichtlich nachvollziehbar, dass die APLA zumindest einen Teil des geraubten Geldes erhalten hat. Der Besitzer, so erzählt Mazete, sei der lokale Vorsitzende der (rechtsradikalen) AWB (Afrikaaner Weerstandsbeveging) gewesen. Sein Geschäft wurde vor allem von AWB-Leuten besucht. Die APLA brauchte Geld für ihren Kampf gegen das verhasste Apartheid-System. Warum aber tötet man dann wehrlose, am Boden liegende Menschen? Mazete beharrt darauf, niemanden erschossen zu haben. Zudem bleiben die Namen seiner Mittäter weiter unklar. Für eines der Opfer, den Besitzer des Supermarktes (er überlebte den Überfall verletzt), sind die APLA-Mitglieder ganz normale Kriminelle. Auch er kann bei einer Befragung nicht zur Klärung beitragen, erzählt immer wieder mit gebrochener Stimme, wie sich der Überfall aus seiner Sicht abgespielt hat, wie seine Frau erschossen wurde. Identifizieren kann er die Täter nicht. Weil vieles nicht mehr nachvollziehbar ist und mehrere Personen fehlen, die eventuell zur Klärung beitragen könnten, bricht der Richter die Verhandlung ab. Sie wird erst nach meinem Aufenthalt fortgesetzt. An diesem Tag wurde sechs Stunden lang über den Fall gesprochen, ohne zu klaren Ergebnissen zu kommen. Ich frage mich, soll man, kann man hier Amnestie gewähren? Sind die vielen Unklarheiten mit eventuellen Übersetzungsfehlern zu erklären? Die ganze Zeit wird simultan gedolmetscht. Die Schwarzen sprechen Sotho, die weißen Englisch oder Afrikaans. Immer wieder stellen sich die gleichen Fragen: War die Wahrheit offengelegt worden? Wollte der Täter wirklich alles erzählen? Lag dem Ganzen ein politisches Motiv zugrunde? Warum zeigte Mazete so wenig Neigung, seine politischen Ziele glaubhaft zu machen? Schließlich will er doch aus dem Gefängnis kommen. Zeigt sich hier das alte Misstrauen gegenüber staatlicher Obrigkeit, obwohl in dem Gremium auch Schwarze sitzen? Selbst wenn, warum nimmt er seine Chance nicht wahr? Gab es irgendwelche Anzeichen für Versöhnung, Ansätze für eine Annäherung zwischen Schwarz und Weiß? Man kann keine dieser Fragen mit Ja beantworten. Die Kritik der Gegner der TRC (dazu kann man fast alle Parteien rechnen, außer Teilen des ANC und der DP), die ihr Zeit- und vor allem Geldverschwendung vorwerfen, erscheint nach diesem Tag nachvollziehbar.

3.3.2.3. Anhörung am 22. August 1998:

Diesmal ist der Fall klar: Zwar liegen auch diesmal keine Unterlagen vor, aber es gibt keine Komplikationen. Der Antragsteller hat ein volles Geständnis abgelegt. Zusammen mit zwei anderen hat er ein Geschäft überfallen und

Geld geraubt. Es gab weder Tote noch Verletzte. Erwiesen ist auch, dass das Geld der APLA zugeleitet wurde. Die Tat war politisch motiviert (APLA braucht Geld für Waffenkäufe), eine persönliche Bereicherung fand nicht statt. Ergebnis: Es wurde Amnestie gewährt. Dieser Fall erinnert an ein Schnellverfahren. Aber was hat das alles mit Versöhnung zu tun?

3.3.2.4. *Anhörung in Pretoria im September 1998:*

Die Anhörung in Pretoria birgt mehr Brisanz in sich. Es geht um die Ermordung von Ruth First, einer der bekanntesten Menschenrechts-Aktivistinnen und Frau des früheren Chefs der Kommunistischen Partei Südafrikas, Joe Slovo. First wurde 1982 in Mozambique durch eine Briefbombe getötet. Aufgekärt werden soll auch die Ermordung von Frau und Kind des ANC-Mitglieds Marius Schoon 1984 in Angola. Dafür haben der frühere General Johan Coetzee und der Polizist Craig Williamson (in der Presse auch als 'Super-Spion' bekannt) Amnestie beantragt. Auch für andere Taten, die beim selben Hearing zur Sprache kommen, wollen sie Straffreiheit erlangen. Hierin sind neben den beiden Genannten weitere zum Teil hochrangige Polizisten verwickelt. Konkret geht es um einen Bombenanschlag auf das Londoner ANC-Büro 1982 (dabei entstand großer Sachschaden, Tote oder Verletzte gab es nicht). Dieses Thema nimmt zu Beginn der Anhörung, die ganz anders als in Bloemfontein große Aufmerksamkeit genießt, breiten Raum ein. Damit habe man nur zeigen wollen, dass Großbritannien ein Risiko eingehe, wenn es Kommunisten Unterschlupf gewähre, führt Coetzee zur Begründung an. Dieser müsste als einer, der an der Spitze des Sicherheitsapparates agierte, von diesem und ähnlichen Fällen alles wissen; jedenfalls mehr, als er vorgibt zu wissen. Der Rechtsanwalt der Opfer versucht mehr über den „State Security Council“ herauszubekommen. Dabei handelt es sich um einen (Geheim-)Zirkel der Apartheid-Staatsspitze, in dem in unregelmäßigen Abständen das weitere Vorgehen gegen die Widerstandsbewegungen - eben auch über Anschläge - entschieden wurde. Vermutlich hat Johan Coetzee des öfteren an SSC-Sitzungen teilgenommen. Ganz klar wird das jedoch nie. Als ständiges Mitglied will er sich jedenfalls nicht verstanden wissen. Das Schweigen Coetzees, der sich nicht mehr daran erinnern kann oder will, wer an den Treffen teilgenommen hat, verärgert den Rechtsanwalt. Er spricht von selbst-induzierter Amnesie. Grundsätzlich, so gibt Coetzee schließlich zu, hätten in den 80er Jahren Präsident Botha sowie die Minister für Verteidigung, für Recht und Ordnung, für Justiz, für Arbeit und für Transport, Malan, Le Grange, Kobie Coetzee, Fanie Botha und Schoeman an den „SSC“-Sitzungen teilgenommen. Andere Minister wurden gelegentlich hinzugezogen. Die Anhörung wird immer umfangreicher, weil Coetzee bestätigt, bei anderen Militärschlägen auf Lesotho, Botswana und Mozambique seine Hand im Spiel gehabt zu haben. Allerdings hat er dafür keine Amnestie beantragt. Er argumentiert, in diesen Fällen auf Befehle und somit legal gehandelt zu haben. Dass dabei auch Menschen zu Schaden kamen (68 Menschen wurden bei den drei genannten Angriffen getötet), sei in einem Krieg leider nicht zu vermei-

den. Er fühle dafür keine persönliche Schuld, meint Coetzee, - ebensowenig Schuld - so fügt er hinzu - wie auch US-Präsident Clinton fühle, der mutmaßliche terroristische Basen in Afghanistan und im Sudan habe bombardieren lassen (im Sommer 1998 nach den Anschlägen auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania) und dabei Opfer in Kauf nahm. Im Falle der Londoner Bombe allerdings führte er einen direkten Befehl des früheren Polizeiministers Louis Le Grange aus und war sich dessen bewusst, dass er illegal handelte. Coetzee macht einen abgeklärten Eindruck, bedauert den Tod von Ruth First, sagt, dass er in die Angelegenheit nicht involviert war, dem Anschlag nie zugestimmt hätte, weil er sie gekannt und trotz ihrer Ansichten geschätzt habe. Er wirkt glaubhaft, bringt diesen Eindruck aber immer wieder ins Wanken, weil er sich schwammig äußert, sobald er die letztendlich Verantwortlichen für die Tat nennen soll. Am Rande der Sitzung wird bekannt, dass die britische Regierung erwägt, gegen diejenigen juristische Schritte einzuleiten, die den Bombenanschlag auf das Londoner ANC-Büro 1982 verübt haben. Das trifft vor allem Craig Williamson, der die Aktion in geheimer Mission vorbereitete. Selbst wenn das Amnestie-Gesuch positiv beschieden werde, habe man keinen Einfluss auf Reaktionen anderer Staaten, meint TRC-Sprecher Mbulelo Sompetha. Coetzee beharrt darauf, er habe keine Morde gebilligt und weist auch Vorwürfe zurück, in den 80-er Jahren seien Morde an ANC-Mitgliedern in Nachbarländern Staatspolitik gewesen. Das klingt wenig überzeugend, denn jemandem in Coetzees Position (einem, der Sitzungen des SSC beiwohnte und der 1980 Leiter der Sicherheitsabteilung der Polizei wurde) dürfte diese Entwicklung nicht entgangen sein. Nach Angaben des Anwalts der Opfer trägt Coetzee die Verantwortung für die Ermordung von insgesamt 160 ANC-Mitgliedern innerhalb und außerhalb Südafrikas. Coetzee ändert nun seine Taktik. Er gibt zu, dass die Sicherheitskräfte wohl größte Motivation besaßen, „Kommunisten“ zu ermorden (wobei zu Kommunisten alle zählten, die das Apartheid-System beseitigen wollten; Polizisten wurden außerdem ständig gedrillt, dass es einen ‘total onslaught’ (des Kommunismus) gebe (verstärkt durch die ständig wachsende internationale Isolation), dem man ausgesetzt sei und weswegen man handeln müsse) Die damals regierende ‘National Party’ - so führt er weiter aus - habe die meisten der Militär-Aktionen begrüßt. Vermutlich habe die Situation eines Quasi-Krieges gegen den ANC zur Herausbildung einer Grauzone geführt, in der es nicht notwendig gewesen sei, entsprechende Anweisungen zu geben. Einige Polizisten seien wohl davon ausgegangen, dass sie mit der Unterstützung des Staates für ihre Taten rechnen könnten.

Am nächsten Tag ist Craig Williamson am Zuge. Er bedauere den unbeabsichtigten Tod von Katryn Schoon, der sechsjährigen Tochter der ANC-Aktivistin Jeanette Schoon, die 1984 in Angola bei einem Briefbombenattentat ums Leben kamen. Ihr Sohn Fritz - damals zweijährig - musste mitansehen, wie Mutter und Schwester starben. Dieser sowie sein Vater sind bei der Anhörung anwesend. Sie verfolgen das Geschehen mit steinerner Miene. Zu einer Stellungnahme sind sie nicht zu bewegen, bevor der Fall nicht abgeschlossen sei. Er habe bis zum heutigen Tage Probleme mit dieser Tat, erklärt

Williamson. Er habe Schoon aus seinen Zeiten als Spion gekannt. Williamson ist auch in den Anschlag auf Ruth First verwickelt. In beiden Fällen sei er von Brigade-General Piet Goosen angeleitet worden. Goosen war der Kopf einer Gruppe innerhalb des Geheimdienstes. Dieser wiederum bildete eine Abteilung der Sicherheitspolizei. Goosen wäre sicherlich auch ein wertvoller Zeuge, aber alles, was von und über ihn zu erfahren ist, stammt von Williamson. Goosen starb 1993. In den 80-er Jahren jedenfalls soll Goosen Williamson befohlen haben, abgefangene Briefe mit Sprengstoff zu füllen, diese dann wieder Goosen zurückzugeben, der sich um die Weiterleitung gekümmert habe. Einzelheiten, wie der Brief den Adressaten erreicht habe, habe er weder erfahren, noch habe er sich darum gekümmert. Williamson meint, diese Taten seien seiner Ansicht nach vollkommen mit der damaligen politisch-militärischen Strategie gegen ANC und SACP zu vereinbaren gewesen. Die Schoons waren aufgrund ihrer Funktion und Aktivitäten für ANC/SACP (die Williamson immer zusammen nennt) eines der Hauptziele geheimdienstlicher Überwachung und wurden als 'prime targets' betrachtet. Dies galt auch für Joe Slovo und Ruth First. Die Briefbomben sollten die Anti-Apartheid-Organisationen psychologisch destabilisieren, Verwirrung und Angst auslösen. Er habe bei einer Sitzung im Geheimdienst-Hauptquartier vom Tod Ruth Firsts erfahren, erzählt Williamson. Goosen habe ihm leicht zugenickt, als über die Begebenheit in Maputo berichtet wurde. Williamson entschließt sich erst im Zuge der TRC zur Offenlegung einiger Details, nachdem er unter Druck gerät: Die Schoons strengten ein Gerichtsverfahren gegen ihn an, das aber 1997 unterbrochen wurde, um die Entscheidung des Amnestiegesuchs abzuwarten. Am folgenden Tag gerät Williamson in die Defensive. Der Anwalt der Opfer wirft ihm vor, Williamson habe sich erst geäußert, als sein Name bei einer Befragung Coetzees fiel. Williamson verschanzt sich hinter dem Argument, ohne seine Angaben hätte es nie Klarheit darüber gegeben, wie sich die Fälle zugetragen hätten. Er erzählt aus seinem Leben als Spion: Williamson infiltrierte den ANC als Student der Universität von Witwatersrand. Er wurde in den 70er Jahren aktives Mitglied bei einer Studentenorganisation. In dieser Zeit freundete er sich auch mit den Schoons an, kam so an Informationen über deren Aktivitäten heran, die er an die Geheim-Polizei weitergab. Der Anwalt gibt sich mit den Angaben Williamsons nicht zufrieden, wirft ihm vor, er äußere sich vage, erfinde Geschichten, um die TRC zu betrügen. Das lässt Williamson nicht auf sich sitzen. Er kontert mit der Antwort, dass er für die eine Seite ein Lügner, für die andere der Superspion sei, für die eine Seite ein Terrorist, für die andere ein Held. Er betrachte die TRC als Gremium, in dem er seine Sicht der Dinge schildern könne und so fügt er hinzu, er sei müde und des Krieges überdrüssig, den er 26 Jahre lang gegen seine Feinde gekämpft habe. Schließlich betont er nochmals, dass er sich schäme, für den Tod von zwei Frauen und einem Kind die Verantwortung zu tragen. Allerdings - so schränkt er ein - First und Schoon seien Staatsfeinde gewesen. Aber der Tod des Kindes tue ihm unendlich leid. Es gebe nichts in seinem Leben, das er mehr bedauere.

3.3.3. Bilanz des Amnestieausschusses:

Von den bis August 1998 bearbeiteten 4.500 Anträgen, wurden 4.350 abschlägig beschieden. Auf die Frage warum, gibt Vuyani Green von der TRC folgende Antwort: Nur wenige Antragsteller hätten politischen Motive für ihre Taten nachweisen können. Man müsse bedenken, dass mehr als drei Viertel aller Antragsteller rechtskräftig verurteilt gewesen seien, als sie sich um Amnestie bemühten. Dies lasse den Schluss zu, dass sich unter ihnen viele gewöhnliche Verbrecher befänden, die versuchten, mit Hilfe der TRC früher aus dem Gefängnis zu kommen. Der hohe Prozentsatz bereits Verurteilter mache aber auch deutlich, dass nur wenige derjenigen, an die sich das Angebot richtete, davon Gebrauch machten. Das sei der Punkt, der am meisten schmerze.

4. Zwei Jahre TRC - Was bleibt?

4.1. Die Eigendarstellung der TRC:

Für die TRC selbst - wie könnte es anders sein - ist die eigene Tätigkeit eine Erfolgsgeschichte, die unter dem Motto lief: „The truth hurts, but silence kills“. Mehrere TRC-Mitarbeiter der Kapstädter Zentrale betonten zwar, dass vor allem die öffentlichen Anhörungen über Menschenrechtsverletzungen während der Apartheidzeit viel Schmerz verursacht und alte Wunden wieder aufgerissen hätten, zugleich betonten sie aber, dass die Wirkung für die südafrikanische Gesellschaft geradezu dramatisch (im positiven Sinne) gewesen sei. Wichtig, so gibt Mary Burton vom Human Rights Violations Committee zu verstehen, war vor allem, an die Öffentlichkeit zu gehen, den Menschen klar zu machen, was in Südafrika passiert sei und natürlich auch die Arbeit der TRC bekannt zu machen. Sie begrüßt es, dass den öffentlichen Anhörungen breiter Raum bei Rundfunk und Fernsehen eingeräumt worden sei. So habe sich eigentlich niemand der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit entziehen können und niemand könne heute mehr behaupten, dass er nichts (vor allem) über die letzten 30 Jahre wisse. Schwierigkeiten habe der TRC bereitet, auszuwählen, welche Fälle öffentlich vorgetragen werden sollten. Man habe versucht, eine repräsentative Auswahl zu treffen. Zudem habe man darauf geachtet, dass das, was erzählt wurde, auch durch Fakten gestützt werden konnte. Für viele Betroffene sei es das erste Mal gewesen, ihre Geschichte in allen Einzelheiten erzählen zu können, ohne Verfolgung befürchten zu müssen. Die Betroffenen hätten sehr unterschiedlich reagiert. Während einige in der Lage gewesen seien, den Tätern zu vergeben, hätten andere diese Bereitschaft nicht gezeigt. Nicht zu unterschätzen ist nach Burton auch die Tatsache, dass viele der traumatisierten Opfer in die Lage versetzt wurden, wieder ein normales Leben führen zu können beispielsweise durch psychologische Hilfe. Den Vorwurf, die TRC sei wie ein Wanderzirkus weitergezogen und habe aufgewühlte Menschen zurückgelassen, mag Burton nicht gelten lassen.

Aber sie gibt zu, dass sich die Kommission erst darauf habe einstellen müssen. Nach Bekanntwerden des Problems habe man versucht, auf lokaler Ebene ein Unterstützungsnetz zu schaffen. Die TRC selbst habe keine ausreichenden Kapazitäten gehabt. Damit entschuldigt sie auch die Unmöglichkeit, alle Menschen anzuhören, die ihre Geschichte vortragen wollten. Bongani Finca vom Eastern Cape Office zählt die Probleme auf, mit denen die Kommissionsmitglieder zu kämpfen hatten. Er räumt ein, dass die Anhörungen ihr Ziel verfehlt haben, einen Versöhnungsprozess einzuleiten, ja sogar neue Feindschaften heraufbeschworen haben. Zudem sei viel Überzeugungsarbeit nötig gewesen, ehemalige Freiheitskämpfer dazu zu bringen, auszusagen, dass es auch in ihren Reihen Menschenrechtsverletzungen gegeben habe. Die weiße Bevölkerung hat seiner Ansicht nach von Anfang an kein großes Interesse an den Tag gelegt, habe sich nur selten bei den öffentlichen Anhörungen gezeigt. Auch das Ziel, Täter, die in den Statements genannt wurden, zu informieren, sei nicht immer erreicht worden. Ihnen habe man ebenfalls die Möglichkeit geben wollen, ihre Sicht der Geschichte darzustellen. Problematisch sei, dass man eben nur eine Handvoll Zeugenaussagen habe entgegennehmen können. Viele Gemeinden und Dörfer hätten sich im Stich gelassen gefühlt, weil die TRC nicht in der Lage gewesen sei, alle gleichermaßen zu berücksichtigen. Dennoch beurteilt Bongani Finca die Tätigkeit der TRC positiv: Den Menschen, die so lange zum Schweigen verurteilt gewesen seien, habe man eine Stimme geben können. Viele schwarze Bürger seien gekommen, um zu hören und Anteilnahme zu zeigen, ein nicht zu unterschätzender Faktor. Und, so fügt das Kommissionsmitglied Richard Lyster unter Hinweis auch auf die Amnestieanhörungen hinzu, all dies werde dazu führen, dass man die Geschichte Südafrikas langsam und Stück für Stück wie bei einem Puzzle zusammensetzen könne.

4.2. Versöhnung durch die TRC? - eine Studie:

Hugo van der Merwe vom „Centre for the Studies of Violence and Reconciliation“ in Johannesburg führte von Januar bis Dezember 1997 eine Studie in Duduza durch. Duduza ist ein Township für Schwarze, südöstlich von Johannesburg in der Provinz Gauteng gelegen. Ein einziges Mal - so erzählt er über seine noch nicht veröffentlichte Arbeit - habe die TRC auch hier eine Menschenrechtsanhörung abgehalten, bei der drei Fälle zur Sprache kamen. Van der Merwe nahm dies zum Anlass, um die Menschen von Duduza - unabhängig davon, ob sie Opfer waren oder nicht - nach ihren Eindrücken von der Kommission zu fragen. Ergebnis: Diejenigen, die ihre Aussage öffentlich machen durften, zeigten sich einigermaßen zufrieden. Entscheidend war, dass sie ihre Geschichte erzählen oder etwas klarstellen konnten und dies vor einem Gremium, dessen Integrität niemand anzweifelte. Bald aber wurde Unmut laut (ausgeblendet bleiben hier die Beschwerden beispielsweise der lokalen Autoritäten, die sich von der TRC schlecht informiert fühlten u.ä.). Denn das eine Hearing hatte zwar die Geschichte ein Stück weit begradigt,

aber viele neue Fragen aufgeworfen, die unbeantwortet blieben. Die TRC zeigte sich nie wieder und die Menschen von Duduza fragten sich nach dem Sinn der Aktion, zumal diejenigen, die ihren Fall nicht öffentlich vorstellen durften. Zurück blieb eine verwirrte Bevölkerung, die zwar angeschubst worden war, sich mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen, aber nicht wusste wie. Kein Wunder also, dass daraus viele unterschiedliche Ansichten über das Phänomen Versöhnung resultierten: 1. Vom moralischen Standpunkt aus betrachtet, bedeutet Versöhnung Nachdenken, Demut, Reue und Vergebung. 2. Versöhnung als Aufgabe, Verständnis zwischen den verschiedenen Kulturen zu schaffen. 3. Versöhnung als Bollwerk gegen die rassistische Ideologie (jeder ist ein menschliches Wesen ungeachtet seiner Hautfarbe). 4. Versöhnung als Motor zur Schaffung eines sozialen Netzwerks zunächst in der Gemeinde, um das aus der Geschichte resultierende Misstrauen zu beseitigen. Das alles gilt eigentlich nur für die schwarze Bevölkerung. Die weiße nahm an den Anhörungen nicht teil, zog sich ins Private zurück und brachte der TRC nur wenig Verständnis entgegen. In Duduza - stellvertretend für viele andere Gemeinden - hinterließ die TRC einen schalen Geschmack. Die Menschen wussten, dass etwas geschehen müsse. Aber es wurde ihnen nichts an die Hand gegeben. Lokale Hilfsorganisationen übernahmen mehr und mehr die Initiative und versuchten fortzuführen, was durch die Anhörung seinen Anfang genommen hatte.

5. Versöhnung - Die nationale Aufgabe:

5.1. Vorbemerkung:

Das bisher Gesagte macht zwei Dinge deutlich. Erstens: Trotz Bemühens war die Kommission bei weitem nicht in der Lage, angemessen auf den Ansturm der Menschen zu reagieren, die ihre Geschichte erzählen wollten. Zweitens geben die unter 4.1. erwähnten Mitarbeiter zu, dass man lediglich einen Prozess habe anstoßen, ihn aber nicht vollenden können. Daraus folgt, dass die TRC allein keine Versöhnung herbeiführen kann, zumal ihr Auftrag zeitlich berenzt ist. Das wiederum wirft die Frage auf, wie eine von Gewalt geprägte gesplante Gesellschaft befriedet werden kann und wer diese Aufgabe übernehmen soll? Viele Organisationen und Menschen in Südafrika haben sich vor und während der Arbeit der TRC Gedanken über dieses Problem gemacht und versucht, die ihrer Ansicht nach richtige Antwort zu geben.

5.2. Die Haltung der Parteien:

5.2.1. Der ANC - Wasser- und Forstminister Kader Asmal:

Ganz staatsmännisch gibt sich Kader Asmal, lange Jahre im Exil ausharrender ANC-Aktivist. Die Wahrheitskommission sei der südafrikanische Weg

der Vergangenheitsbewältigung, meint er, ohne aber deutlich auszudrücken, ob der ANC der TRC positiv oder negativ gegenübersteht. (Einen Eindruck der ANC-Haltung hat man aber bekommen, als der Abschlussbericht vorgestellt wurde. Im Vorfeld gab es heftige Kritik an der Kommission, als bekannt wurde, dass auch der ANC im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen genannt wird.) Asmal jedenfalls würdigt die TRC. Sie stelle ein Fenster dar, das einen Blick in die Vergangenheit ermöglicht. Gerichtsverfahren hätten dies nie leisten können. Besonders wichtig sei, dass Täter amnestiert würden, die ein volles Geständnis ablegten und dass Opfern über die Anhörungen hinaus geholfen werde. Den Vorwurf, die TRC habe Feindschaft zwischen den Bevölkerungsgruppen geschaffen, weist Asmal zurück. Klar würden alte Wunden aufgerissen, wenn Einzelheiten einer gewalttätigen Vergangenheit offengelegt würden. Zudem müsse auch klar sein, dass Versöhnung nur dann möglich sei, wenn man sich nicht mit der eigenen Geschichte beschäftigt habe. Auch er sei dafür, dass Apartheid-Buch zu schließen. Doch dies dürfe erst dann geschehen, wenn es geschrieben worden sei und zwar in weitgehendem Einverständnis der Beteiligten. Zur Versöhnung habe die TRC nur einen Anstoß geben können. Zum neuen Südafrika gehöre, dass die Weißen akzeptierten, dass es nun eine gleichberechtigte schwarze Gesellschaft gebe. Zu dieser Erkenntnis gehörten die Folgen der Apartheid-Politik, die beispielsweise in Townships ihren Ausdruck finde. In dieser Hinsicht gebe es noch eine Menge zu tun.

5.2.2. Die South African Communist Party:

Generalsekretär Jeremy Cronin geht davon aus, dass so etwas wie ein nationaler Versöhnungsprozess noch lange Zeit dauern wird. Stellvertretend für seine Partei, die eng an den ANC gebunden ist (bei Wahlen treten sie mit einer gemeinsamen Liste an, die SACP stellt fünf Minister und circa ein Drittel der gemeinsamen Abgeordneten), versucht er, ein differenziertes Bild zu erstellen. Zwar sei die alte Staatsstruktur nicht mehr vorhanden, dies gelte aber leider für die alte Denkweise, was Versöhnung so schwierig mache. Eine Gesellschaft, die jahrhundertlang auf Gewalt aufgebaut worden sei, könne sich nicht so leicht davon frei machen. Um sich zu schützen, habe jeder Mauern errichtet. Diese müssten nun abgetragen werden und das werde viel Zeit in Anspruch nehmen. Die Weißen akzeptieren den Wandel, meint Cronin, sie müssten sich aber erst daran gewöhnen. Für sie seien die Zeiten härter geworden, es gebe beispielsweise keine „job reservation“ mehr. Wichtig an der TRC sei das „T“ gewesen. Die Weißen könnten sich jetzt nicht mehr der Realität verschließen. Niemand in Südafrika könne heute noch behaupten, nichts gewusst zu haben oder nichts zu wissen. Nur dieses Stück Wahrheit könne Versöhnung möglich machen. Cronin bedauert, dass die Wirtschaft, die schließlich das Apartheidsystem unterstützt und gestützt habe, aus den Anhörungen vor der TRC fast unbeschadet herausgekommen sei. Das bereite ihm etwas Bauschmerzen. Er selbst fühle keine Rache gegenüber den früheren

Machhabern mehr. Er habe die Vergangenheit akzeptiert. Er sei verfolgt und gefoltert worden, habe aber als Weißer das Glück gehabt, besser behandelt zu werden als schwarze Mitstreiter. Deswegen wolle er seine Geschichte nicht zu hoch hängen, habe deshalb auch niemanden seiner früheren Folterer angezeigt oder vor der TRC ausgesagt. Später gibt er aber zu, dass er manchmal noch immer von Alpträumen heimgesucht wird.

5.2.3. *Die National Party:*

Jacko Maree, TRC-Spezialist der ehemals herrschenden Partei NP, geht sofort in Abwehrstellung. In einem Vortrag versucht er, zu erklären, dass der Gedanke der Apartheid grundsätzlich nicht so schlecht war, wie er nun dargestellt werde. Die Ausführung sei misslungen, da habe man in der Vergangenheit Fehler gemacht. Die Realität in Südafrika sei nun einmal, dass es sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gebe und dass sich deswegen jeder besser entwickeln könne, wenn er unter seinesgleichen lebe. Die TRC sei grundsätzlich nicht schlecht, aber sie habe von Beginn an erhebliche Mängel gehabt. Zum Beispiel könne man die ANC-Lastigkeit der Kommissionsmitglieder nicht akzeptieren. Lediglich zwei der 17 Mitglieder seien nicht ausgewiesene ANC-Anhänger. Auch andere hätten Menschenrechtsverletzungen begangen, aber stets sei nur die NP angeprangert worden. Für Maree ist das Ziel der TRC, mit der früheren Regierung abzurechnen. Das Ergebnis sei daher schon seit langem voraussehbar. Trotz dieser Mängel habe man mitgearbeitet, um nicht den Eindruck zu erwecken, man habe etwas zu verbergen. In einem Brief legte die NP nach Aussage Marees ihre historische Wahrheit dar. Aber das Schreiben sei nicht beachtet worden. Ständig habe man im Fernsehen und im Radio die Anhörungen vor dem Menschenrechtsausschuss über sich ergehen lassen müssen, bis man es einfach nicht mehr habe ertragen können und abgeschaltet habe. Im übrigen habe sich nur die IFP (Inkatha Freedom Party) von Innenminister Buthelezi der TRC von Anfang an verweigert und bei der Abstimmung im Parlament dagegen votiert. Buthelezi sei niemals vorgeladen worden, habe in einem solchen Fall gar mit Bürgerkrieg gedroht, ein Manko, unter dem die Glaubwürdigkeit der TRC zu leiden gehabt habe. Sinnvoller wäre es nach Ansicht von Maree gewesen, das Gremium wie die chilenische Wahrheitskommission zu besetzen nämlich paritätisch aus alter und neuer Regierung. Dies hätte im Resultat dazu geführt, dass sich jeder im Abschlussbericht hätte wiederfinden können. Die Frage nach seiner Ansicht über Versöhnung beantwortet Maree mit dem Hinweis, dass man jetzt die Vergangenheit ruhen lassen solle und in die Zukunft blicken müsse. Es helfe niemandem, wenn man ewig auf der Geschichte herumhacke. Die NP habe den Weg in die Zukunft aufgezeigt, in dem sie erstmals in der Geschichte eines Landes überhaupt die Macht an eine ehemalige Widerstandspartei übergeben habe. Das Gespräch dauert länger als erwartet, andere NP-Parlamentarier kommen hinzu und merken an, dass es den Schwarzen unter der NP-Herrschaft doch gut gegangen sei. Sie hätten den höchsten Lebensstandard in

ganz Afrika gehabt. Man habe etwas aus diesem Land gemacht. Es könne doch jetzt nicht alles negativ sein, was früher gut gewesen sei.

5.2.4. *Die Democratic Party:*

„Die TRC war gut“, sagt Dene Smuts von der Democratic Party. „War“, weil es jetzt genug sei. Man habe die Vergangenheit aufgearbeitet und das sei auch gut so. Aber nun müsse man an die Zukunft, an den Aufbau eines stabilen Südafrika denken. Für die DP, die sich aus einer früheren, weitgehend weißen, NP-Oppositionspartei herausgebildet hat, ist der Vorwurf, die TRC sei ANC-gesteuert, zu verallgemeinernd. Ihre Kritik richtet sie nicht so sehr an das Zustandekommen und die Arbeitsweise der TRC, sondern gegen das Ziel der Versöhnung. Es sei unklug gewesen, das Wort „Versöhnung“ in den Namen der Kommission mitaufzunehmen. Damit habe man Hoffnungen erweckt, die man nie habe erfüllen können. Wichtig, so betont sie weiter, sei aber der Aspekt, dass man viel mehr als in jeder anderen Weise über die NP-Politik und den Geheimdienst (SSC) erfahren habe. Die Aussagen vor dem Menschenrechtskomitee sei in dieser Hinsicht besonders wertvoll gewesen. Auf dieser Grundlage - Dokumente gebe es ja nicht - habe man entsprechende Untersuchungen einleiten können. Immerhin habe es auch erste zaghafte Versuche einer Annäherung/Versöhnung gegeben. Dass die TRC eben nicht einseitig war, habe das Drängen gegenüber dem ANC bewiesen, zuzugeben, dass auch er Greuelthaten begangen habe (Quatro-Lager in Angola). Auch mit der geforderten Generalamnestie für 37 seiner Mitglieder (darunter Regierungs-Politiker) sei der ANC nicht durchgekommen. Aber - so macht Smuts immer wieder deutlich - jetzt gehe es um die Zukunft Südafrikas. Nur wenn die seit Jahrhunderten Benachteiligten eine Chance bekämen, könne das Modell Südafrika erfolgreich sein. Das Buch der Vergangenheit könne geschlossen, ein neues müsse aufgeschlagen werden.

5.2.5. *Die Conservative Party:*

Wie die NP, nur viel radikaler, bemüht der Vorsitzende der rechtsextremen „Conservative Party“, Dr. Hartzenberg, die Geschichte, um seine Position deutlich zu machen. Jede Bevölkerungsgruppe solle für sich leben, wie man es damals (Ende 1838) mit den Zulus im Vertrag am „Blut-Fluss“ vereinbart habe. Man habe eine Grenze gezogen, jeder habe sich in seinem Gebiet aufgehalten und in Frieden gelebt. Von der ANC-Regierung verlange er den Schutz der Minderheitenrechte. Nicht einmal dazu sei das neue Südafrika in der Lage. Man dürfe nichts selbstbestimmen, dürfe keine eigenen (rein weißen) Schulen haben, die Afrikaaner-Kultur werde missachtet. Auch die TRC sei in keiner Hinsicht hilfreich gewesen. Die ständigen Vorhaltungen, übertragen von allen Medien, hätten eher dazu beigetragen, dass man sich von der TRC abgewendet habe. Außerdem habe die Kommission nur die halbe Wahr-

heit herausgefunden, am anderen Teil habe sie kein Interesse gehabt. Für Hartzenberg stellt die TRC ein politisches Werkzeug in Händen des ANC dar. Versöhnung sei in dieser Weise nie und nimmer zu erreichen. Als Beispiel führt er die Zahl der bei Gewalttaten Getöteten der letzten Jahre an. Seit 1989 (offizieller Beginn der Übergangsphase zur ANC-Regierung) seien 24.000 Menschen getötet worden, so viele wie in den zwei Weltkriegen, an denen Südafrika teilgenommen habe. In den letzten Jahren seien zudem 600 weiße Farmer ermordet worden. Versöhnung? Der einzig richtige Weg dorthin bleibe die eigenständige Entwicklung von Schwarzen und Weißen in einer Art Konföderation. Jeder solle in seinen „Stammesgebieten“ leben auch die Weißen. Allerdings bleibt Hartzenberg die Antwort schuldig, wo die Stammesgebiete der Weißen liegen.

5.3. Die Wirtschaft und die Vergangenheit:

5.3.1. VW of South Africa und das reine Gewissen:

Der größte Automobilhersteller in Afrika, VW of South Africa in Uitenhagen, versucht, in jeder Hinsicht eine Vorbildfunktion einzunehmen. Das gilt nicht nur für die Qualität der Produkte, sondern auch für die Vergangenheit. Schon immer, betont Michael Lange, Public Relations Manager, habe man sich bei VW Gedanken gemacht, ob Apartheid, beziehungsweise „Job Reservation“ der richtige Weg sei. Das Unternehmen habe für sich den Schluss gezogen, dass diese Haltung keine Zukunft haben könne und deshalb schon früh (Anfang der 80-er Jahre) angefangen, Farbigen und Schwarzen (an der Ostküste gilt das vor allem für Farbige) bessere Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten als landesweit üblich. Davon profitiere das Unternehmen heute. Es habe ausreichend Fachkräfte herangezogen und komme nicht in Konflikt mit dem neuen „Employment Equity Bill“, ein Gesetz, das Firmen unter anderem vorschreibt, dass sich die Bevölkerungszusammensetzung der Provinz im Unternehmen widerspiegeln muss. Percy Smith, Human Resources Manager, ist bei Volkswagen der Ansprechpartner für diesbezügliche Fragen. Die Arbeiter würden gut bezahlt, seien motiviert, weil sich ihnen Perspektiven böten, Stammesstreitigkeiten oder Konflikte im Zusammenhang mit der Vergangenheit gebe es praktisch nicht. VW betreibe ein Integrations-Modell. Es gebe Arbeitnehmer-Gruppen, die sich aus den verschiedenen Bevölkerungsteilen zusammensetzten und über etwaige Probleme diskutierten. Zwar sei die Provinz Ostkap besonders von Gewalt betroffen, im Unternehmen habe das aber nie eine Rolle gespielt. Mit der TRC habe man praktisch nichts zu tun. Aber Smith sieht durch die TRC die Diskussion um Gerechtigkeit erneut angestoßen. Nach wie vor müsse man noch eine Menge tun. Denn auch bei VW sei die Vergangenheit nicht spurlos vorübergegangen. So gebe es beispielsweise im oberen Management noch immer keinen Posten, der von einem Farbigen/Schwarzen ausgefüllt werde. Ob das neue Arbeitsgesetz da weiterhelfen könne, lasse sich noch nicht sagen. Aus seiner Sicht wäre eine härtere Fassung wünschenswerter gewesen. Darüberhinaus sei fraglich, inwieweit durch ein

Gesetz gesellschaftsimmanente Ungerechtigkeiten beseitigt werden könnten. Viel besser wäre es, das Bildungssystem effektiver zu gestalten, um allen die gleichen Chancen zu eröffnen.

5.3.2. *BayGen und der neue Weg:*

In einem Gewerbegebiet in Kapstadt befindet sich die unscheinbar wirkende Firma BayGen. Natürlich muss auch dieses Unternehmen den für alle geltenden Gesetzmäßigkeiten gehorchen, aber trotzdem fällt BayGen aus dem Rahmen: Erstens wurden hier zu Beginn der Produktionsaufnahme ausschließlich Behinderte eingestellt. Zweitens produziert die Firma Geräte, die ohne Strom funktionieren und somit auch in den entlegensten Gebieten eingesetzt werden können. Drittens werden die Geräte (Radios und Taschenlampen) auch an Privatleute verkauft. Wer beispielsweise ein Kurbel-Radio erwirbt, muss dafür zwar relativ viel auf den Ladentisch legen, finanziert aber ein weiteres Gerät für eine Hilfsorganisation mit. Dass BayGen mit der TRC wenig zu tun haben kann, liegt auf der Hand, trägt es doch auf ganz eigene Weise zur Versöhnung der Gesellschaft bei, indem es Behinderten, die auf dem südafrikanischen Arbeitsmarkt chancenlos sind, die Möglichkeit zum Broterwerb bietet.

5.3.3. *Nelson's Creek - Neuer Wein in alten Schläuchen?*

Diese Geschichte beginnt 1988. Damals kaufte ein weißer Rechtsanwalt namens Alan Nelson ein heruntergewirtschaftetes Weingut bei Paarl in der Kap-Region. Sein Ziel war es, das Gut in ein paar Jahren wieder auf die Beine zu bringen. Weil es ihm aufgrund seiner Tätigkeit in Johannesburg zu groß war, kam er auf eine Idee: Er versprach den auf dem Gut lebenden schwarzen Farmern, ihnen ein Stück Land zur Eigenbewirtschaftung zu schenken, wenn es gelinge, Nelson's Creek zum Erfolg zu machen. 1996 hatte er sein Ziel erreicht und machte sein Versprechen wahr. Insgesamt 16 schwarze Familien sind nun erstmals in der Geschichte des Landes Besitzer von (rund 10 Hektar) Reben. Allerdings sind sie in jeder Hinsicht auf Nelson angewiesen. Das liegt daran, dass es keine Infrastruktur für kleine Weingüter gibt. Eine große Genossenschaft (KWV) ist marktbeherrschend, hat Produktion und Marketing in der Hand; kleine Weingüter haben ohne Unterstützung keine Chance. Nelson stellte zudem einen Manager, Anzill Adams, ein, der von sich selbst sagt, der erste Farbige in dieser Position zu sein und der darüberhinaus das Engagement Nelsons teilt. So gibt es seit zwei Jahren einen Wein namens „New Beginnings“ des Gutes „Klein-Begin“. Aus dem Erlös werden die Familien in die Lage versetzt, sich ihre Existenz aufzubauen. In einem konservativ geprägten Geschäft ist das kein leichtes Unterfangen. Es gibt kaum einen Wirtschaftszweig in Südafrika, bei dem sich in struktureller Hinsicht so wenig verändert hat wie der Weinbau. Noch immer leben viele schwarze

Arbeiter unter unwürdigen Bedingungen, müssen mehr als gesetzlich festgelegt arbeiten (über 60 Stunden pro Woche), werden schlecht bezahlt (unter dem gesetzlichen Mindestlohn) und teilweise mit Wein abgefunden und abhängig gehalten. Diese Tradition hat dazu geführt, dass eine regelrechte Alkoholiker-Generation heranwuchs. „New Beginnings“ versucht, eine Perspektive zu eröffnen. Das Wichtige, so sagt Anzill Adams, sei, dass man hergegangen sei und den Menschen die Möglichkeit gegeben habe, sich selbst zu helfen, ihre eigene Zukunft zu bestimmen. Das sei eine neue Erfahrung und bringe eine neue Denkweise mit sich, die erst gelernt werden müsse. 300 Jahre lang habe sich im Weinbau nichts verändert, dies geschehe nun langsam, dieser Prozess werde noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Damit „Klein-Begin“ ein Erfolg wird, muss noch viel getan werden. Perspektiven für andere werden sich nur dann ergeben, wenn das Projekt gut verläuft. Auf dem Etikett von „New Beginnings“ ist zu lesen, dass die eigenständige Entwicklung zum Versöhnungsprozess beitrage. Dem ist nichts hinzuzufügen.

5.4. Business Against Crime (BAC) - Die Wirtschaft wehrt sich:

Einen ganz anderen Ansatz hat „Business against crime“ im Nobelort Sandton bei Johannesburg. Das Motto „Your chance to fight back“ klingt martialisch. Wer aber einen Blick hinter die Kulissen von BAC wirft, der bekommt ein differenzierteres Bild. Ende 1995, so erläutert Barbara Holtmann, Projekt-Direktorin, ermunterte Präsident Mandela die Wirtschaft, zusammen mit der Regierung etwas gegen die hohe Kriminalitätsrate im Land zu tun. Nicht zuletzt aus Eigeninteresse wurde man aktiv. Von Anfang an fiel die Initiative trotz vieler Bedenken und Anfangsschwierigkeiten auf fruchtbaren Boden. Zunächst wurde eine Bestandsaufnahme vorgenommen. Diese zeigte, dass es sich bei der Kriminalität um ein komplexes Problem handelte, das vielfältige Wurzeln hatte: Da war (und ist) nicht nur das Denken einiger Schwarzer, einem Weißen etwas wegnehmen zu können, weil dieser ja sowieso zuviel habe, sondern auch die Einsicht, dass Kriminalität dort auf fruchtbaren Boden fällt, wo es den Menschen besonders schlecht geht. Desweiteren sinkt die Hemmschwelle für Kriminalität schlicht und ergreifend dort, wo sich die Gelegenheit ohne großes Risiko bietet, sprich: wo staatliche Systeme versagen. Die Konsequenzen waren klar. Die Geschäftsleute mussten aktiviert, auf das Problem aufmerksam gemacht und dazu gebracht werden, etwas in Eigeninitiative zu unternehmen. Inzwischen hat BAC ein weit verzweigtes Netz aufgebaut. Die Tätigkeit beinhaltet nicht nur die Zusammenarbeit mit den entsprechenden staatlichen Institutionen (von Justiz über Polizei bishin zum Innenministerium), sondern auch spezielle Programme gegen Diebstahl und Wirtschaftskriminalität. BAC geht auch in die Gemeinden, versucht zu erfahren, welche spezifischen Probleme es dort gibt. Dies geschieht in erster Linie vor dem Hintergrund, herauszufinden, welche Art von Verbrechen sich anbahnen könnte. (Die Programme haben Titel wie „Vehicle Theft Task Group“ oder „Support Partnership for Police Stations“). Durch den Infor-

mationsfluss an staatliche Stellen besteht zumindest die Möglichkeit, regulierend einzugreifen. Mehr Sicherheit ist in aller Interesse, denn sichere Orte finden Geschäftsleute, die sich dort niederlassen. Diese wiederum schaffen Arbeitsplätze und ziehen Kunden an... BAC trägt durch sein Wirken dazu bei, dass ein Stück mehr Sicherheit geschaffen wird. Der chronisch finanzschwache Staat könnte es sich nicht leisten, den Polizeiapparat aufzustocken um an allen Brennpunkten Präsenz zu zeigen. Zudem geht BAC noch einen Schritt weiter und bietet auch Opferhilfe und -betreuung (z.B. nach Überfällen) an. Barbara Holtmann hat schon Gebrauch davon gemacht, nachdem sie selbst zum Opfer geworden war. Sie wurde gekidnappt, hatte aber Glück; sie entkam unverletzt. Im Gespräch mit ihren Entführern sei ihr klar geworden, wie wichtig gegenseitiger Respekt und gegenseitiges Verständnis füreinander sei, meint sie. In diesem Sinne müsse eine neue Kultur geschaffen werden, die es bislang noch nicht gebe. Vor diesem Hintergrund bewertet Holtmann die Wahrheitskommission sehr positiv. Dadurch, dass sich die Schwarzen erstmals öffentlich hätten äußern könnten, sei ein gewisses Verständnis entstanden, denn viele Südafrikaner hätten die Realität nicht gekannt. Nun könnten sie die Augen nicht mehr vor ihr verschließen. Das gelte auch für sie. In der weißen Gesellschaft habe man wie auf einer Insel gelebt, den Großteil der Bevölkerung einfach ausgeblendet. Die Apartheidgesetze machten es möglich, dass Berührungspunkte so gut wie nicht existent waren. Klar, man habe schwarze Angestellte gehabt, die immer da waren und immer da zu sein hatten. Um deren Belange habe man sich aber nicht gekümmert. Man habe nichts gegen diese Menschen gehabt, aber sie seien eben Dienstboten ohne Privatleben gewesen. Vor dem Hintergrund der Bewusstseinsmachung sei die TRC nicht hoch genug einzuschätzen.

5.5. Der südafrikanische Kirchenrat (SACC):

Bischof Patrick Matholengwe gibt sich sicher. Der Kirchenrat habe stets versucht, zur Versöhnung beizutragen. Nicht zuletzt deshalb sei man dem Projekt TRC von Anfang an positiv gegenüber gestanden. Man habe die Idee unterstützt, die Opfer zu Wort kommen zu lassen. Er selbst habe allerdings sein Anliegen, vor die Kommission zu treten, zurückgestellt. Seiner Ansicht nach gab es wichtigere Fälle als seinen. Zwar sei auch er Opfer gewesen, aber verglichen mit dem, was andere zu ertragen gehabt hätten, sei er noch gut davongekommene, begründet er sein Verhalten. Vehement verteidigt er die These, dass die TRC ein Erfolg sei: Es habe ein Forum gegeben, die jüngste Geschichte Südafrikas aufzuarbeiten. Wahrheiten wurden zutage gefördert, die sich niemand habe vorstellen können. Das sei ein Stück Wiedergutmachung und Gerechtigkeit. Zudem werde Opfern geholfen. Der Versöhnungsprozess sei angestoßen worden, müsse nun natürlich fortgeführt werden. Hier sieht Matholengwe auch das Betätigungsfeld für die Kirchen. Da sie für alle offen seien, könnten sie hier sicherlich eine wichtige Rolle übernehmen. Allerdings, so gibt er zu verstehen, nationale Versöhnung könne nur dann

gelingen, wenn sich zuvor jeder selbst mit seiner Vergangenheit versöhnt habe und das brauche seine Zeit. Jahrzehntelange Apartheid lasse sich nicht über Nacht beseitigen. Die Kirchen könnten allen, die es wollten, die Hand reichen. Wer dieses Angebot ausschlage, der tue ihm leid, betont der Bischof, um dann deutlich zu werden. Insbesondere die Weißen seien aufgefordert, zuzugeben, dass in der Vergangenheit Verbrechen begangen worden seien. Nur solche, die für sich den Entschluss gefasst hätten, dass ihre Zukunft in Afrika liege, würden schließlich einsehen, dass ein Heilungsprozess notwendig sei und daran gearbeitet werden muss. Alle anderen sollten ganz schnell gehen.

5.6. Das Umthathi-Projekt in Grahamstown:

Circa 120 Kilometer von Port Elizabeth entfernt befindet sich Grahamstown, eine Stadt mit etwa 60.000 Einwohnern, die sich insbesondere durch das seit ein paar Jahren stattfindende Kultur-Festival einen Namen innerhalb Südafrikas gemacht hat. Die Stadt macht einen netten, gepflegten Eindruck. Doch das täuscht. Auch hier gibt es Townships und damit dieselben Probleme wie in fast allen Städten Südafrikas. Nur muss Grahamstown eine zusätzlichen Schwierigkeit bekämpfen: Es gibt so gut wie keine Industrie und damit kaum Arbeitsplätze. Vor allem für die schwarze Bevölkerung - arbeitslos geworden, weil sie auf den umliegenden Farmen nicht mehr gebraucht wird - bedeutet das ein Leben in Armut. Aus Sicht Irene Walkers muss das nicht so sein. Sie steckt nicht nur ihre gesamte Kraft, sondern ihr ganzes Leben in das Umthathi-Projekt, um den Menschen in den angrenzenden Townships zu zeigen, dass man sich selbst eine Zukunft aufbauen kann. Ansatz ist, dass jeder das Potential hat, etwas aus sich zu machen, dass es aber an Ausbildungsmöglichkeiten fehlt. Hier greift Umthathi ein. In zahlreichen Workshops werden Interessierten Grundfähigkeiten beigebracht. Sie erhalten - soweit möglich - weitere Schulungen, um die erworbenen Fähigkeiten zu verfeinern. Danach kommt ihnen die Aufgabe zu, ihr Wissen weiterzuerweitern. Einige Projekte sind inzwischen so erfolgreich, dass sie sich finanziell selbst tragen oder nur geringer Zuschüsse bedürfen. Zum Beispiel unterhält Umthathi im Schwarzen-Township von Grahamstown eine Art Baumschule. Die dort gezogenen Setzlinge werden an die umliegende Bevölkerung verkauft. Eine Preisausschreibung unter dem Motto: „Wer hat den schönsten Garten?“ kam gut an. Das Township wurde grüner, die Menschen erkennen, dass sie etwas von angebauten Nutz-Pflanzen haben, dass ihnen ein Baum in der Hitze Schatten spendet. Viele kennen das Wort Eigenverantwortung nicht. Es ist mühsam, Verständnis zu entwickeln. Das kostet viel Geduld und viel Zeit. Das „Gardening Project“ mit inzwischen drei Angestellten ist ein voller Erfolg.

Zweimal pro Woche bekommt man hier außerdem traditionelles Xhosa-Essen (auch hier sind mehrere Arbeitsplätze entstanden) serviert. Alternative Reiseveranstalter haben einen Stopp im Township von Grahamstown in ihr Programm aufgenommen. Das Projekt brauchte nur eine Anschubfinanzierung, nun steht es auf eigenen Füßen. Irene Walker erläutert wie alles ange-

fangen hat: Anfang der 90er Jahre habe es eine Art Aufbruchstimmung gegeben. Plötzlich sei alles machbar gewesen, niemand habe mehr versucht, etwas zu verhindern, so auch in Grahamstown. Dort habe man sich zunächst einen Überblick verschafft, was gebraucht werde. Danach habe man ein entsprechendes Angebot unterbreitet. Der nächste Punkt, das Bekanntmachen, sei besonders schwierig gewesen. Es galt, das Misstrauen zu zerstreuen, das gegen alles vorhanden war, was von außen herangetragen wurde. Erst nachdem einige Menschen aus dem Townships gewonnen werden konnten, habe man Zugang bekommen und mehr Resonanz erhalten. Auf dieser Basis habe man sich weiterentwickelt. Einige hätten schließlich den Wunsch geäußert, etwas für ihre Gemeinde tun zu wollen. Obwohl Umhathi jahrelang mit finanziellen Problemen zu kämpfen hatte, war dies in einigen Fällen möglich: Toyoyo Kolithi ist Autodidakt. Durch eine Behinderung hätte er auf dem Arbeitsmarkt keine Chance. Aber er hat seine Nische gefunden. Sind Touristen in der Stadt, arbeitet er als Führer, ansonsten geht er für das Umhathi-Projekt einmal pro Woche in die Schule, um den Kindern kaufmännische Grundkenntnisse beizubringen. Die Schüler dienen als Vermittler des Wissens an die Eltern, von denen einige kleine Geschäfte (ohne das dazu nötige Wissen) haben. Kolithi will seinen Leuten zeigen, dass man etwas erreichen kann, wenn man es nur will. Er wünscht sich, dass die Hautfarbe in Südafrika in Zukunft keine Rolle mehr spielt. Seine Vision ist eine Nation, die aus vielen Kulturen besteht. Die Vergangenheit solle man ruhen lassen, meint er. Es bringe einen nicht weiter. Man müsse sich frei machen vom Apartheid-Denken, sonst könne man keine Zukunft schaffen.

5.7. Rape Crisis - Hoffnung für die Frauen:

Carol Bower ist zufrieden. 1976 nahm ihre Organisation die Arbeit mit dem Ziel auf, vergewaltigten Frauen zu helfen. Eine kleine Gruppe habe damals das Problem erkannt und auf freiwilliger Basis begonnen, ein Netzwerk aufzubauen. Betroffene Frauen konnten sich Rat holen und wurden betreut. Aus ihren Reihen wurden neue Beraterinnen ausgebildet. Es sei wichtig, dass Frauen aus den Townships selbst diese Funktion wahrnahmen, erläutert Bower. Jemandem, der von außerhalb komme, würde niemand vertrauen. Hier wirke die Vergangenheit nach.

Nur drei Monate dürfen die Beraterinnen sich die Geschichten vergewaltigter Frauen anhören und Ratschläge geben. Dann müssen sie eine Pause einlegen; länger als dieses Vierteljahr soll niemand den niederschmetternden Berichten über Gewalt, Vergewaltigung, Erniedrigung ausgesetzt sein. Die Gefahr, Schaden davonzutragen, sei zu groß, meint Bower (zwischen April und Juni 1998 wurden 110 neue Fälle betreut, die Beraterinnen hielten knapp 200 Sitzungen ab, etwa 1.000 Mal wurde die telefonische Beratung in Anspruch genommen). Heute hat Rape Crisis drei Büros in den Townships Heideveld (Coloureds) und Khayelitsha (Schwarze), ein drittes - die Zentrale - befindet sich in Observatory, einer etwas besseren, vornehmlich weiß

geprägten Wohngegend von Kapstadt. Dort arbeiten Bower und einige Festangestellte und koordinieren die RC-Programme. Die Beratungstätigkeit nimmt auch weiterhin einen wichtigen Rang ein. An Bedeutung haben zudem vor allem die Lobby- und Rechtsarbeit gewonnen. Die bestehenden Gesetze zu ändern, beschreibt Bower als eine der zentralen Anliegen von RC. Noch immer hätten in Südafrika veraltete Bestimmungen Gültigkeit; so ist zum Beispiel nur dann von Vergewaltigung die Rede, wenn sich ein Mann an einer Frau vergeht. Sexuelle Verbrechen an Kindern oder gleichgeschlechtliche Vergewaltigung sind rein juristisch gesehen nicht existent. Doch erst seit wenigen Jahren ist es möglich, an den veralteten Gesetzen zu rütteln. Niemand in der alten Regierung kümmerte sich um die Belange der Townships; sie wurden ignoriert, waren im weißen Alltag schlichtweg nicht vorhanden. Außerdem bietet RC zahlreiche Kurse an. Vor allem dadurch gelang es der Organisation, sich einen guten Ruf in den Townships aufzubauen. Die Arbeit trägt erste Früchte. Immer mehr Frauen holen sich Rat, versuchen, ihrem Elend zu entfliehen, wenden sich gegen die Tradition, lassen sich nicht mehr von Familien- oder Gemeinschaftszwang unter Druck setzen. Der Mann dürfe nicht mehr glauben, er könne mit der Frau, die er geheiratet habe, alles machen, weil er sie besitze (eines der größten Probleme ist, dass Vergewaltigung gar nicht als Verbrechen wahrgenommen wird), sagt Bower. Vereinzelt gab es inzwischen Anklagen gegen Vergewaltiger. RC ist auch in Schulen aktiv geworden, leistet dort Aufklärungsarbeit. Ein entsprechendes Programm wurde in Heideveld entwickelt. Benita Moolman erzählt stolz von der Umsetzung der Idee „The birds and the bees“. Im April 1998 fanden erste Kurse statt. Aufklärung bei 11- bis 14-jährigen Schülerinnen sowie bei Mädchen im Alter zwischen 15 und 20. Ziel ist es, später auch Jungen miteinzubeziehen. Probleme gibt es zuhauf. Manchmal findet man keine geeigneten Räumlichkeiten, Vorurteile müssen abgebaut werden. Die Bevölkerung von Heideveld steht diesem Programm noch sehr distanziert gegenüber. Man ist es nicht gewöhnt, dass sich jemand von außen einmischt. Solche und andere Hindernisse gibt es auch in Khayelitsha, wo Ntombonzi Tinto für RC aktiv ist. Khayelitsha ist besonders berüchtigt. Hier leben mehrere hunderttausend Menschen auf engstem Raum, die meisten in ärmlichen Hütten. Die Kriminalitätsrate ist erschreckend hoch. Misstrauen gegen jeden und alles gehört zum Überleben. Eines der größten Probleme für Tinto ist es, dass vergewaltigte Frauen meist erst dann zu RC kommen, wenn sie gar keinen anderen Ausweg mehr sehen. Dann sei es häufig zu spät, um noch gerichtliche Schritte einleiten zu können. In einem solchen Fall bleibe nur Beratung und die Hoffnung, dass es keine Wiederholung gebe.

Durch die Arbeit von Rape Crisis wird die Gewalt in den Townships vermindert. Frauen, die sich wehren können, lassen sich nicht mehr so viel gefallen, können mit Konflikten besser fertig werden, können Veränderungen bewirken. In einem Gebiet, in dem Gewalt zum Alltag gehört, ist das wichtig. Außerdem versucht die Organisation, nach und nach auch die Männer miteinzubeziehen, mehr Verständnis zu schaffen und damit ein Stück Versöhnung.

5.8. Peace and Development Project Western Cape (PDP):

Wolfgang Burgmer leitet das seit 1994 existierende PDP mit Erfolg. Es handelt sich um den Versuch, die besonders gewalttätigen Townships (in Kapstadt) zu befrieden. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Jugend, die in den Ghettos ohne Perspektive lebt. Eine gewisse Schulbildung ist eine der Voraussetzungen, um am PDP-Projekt teilnehmen zu können. Die Jugendlichen werden von der Straße geholt, erhalten eine mehrwöchige Ausbildung über Konflikt-Vermeidungs-Strategien und patrouillieren (unbewaffnet) durch ihre Viertel. Ziel ist es, Konflikte, Streitigkeiten und Gewalt zu unterbinden, zu schlichten oder zu vermeiden. Die Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden ist ein weiterer wichtiger Aspekt des Programms, das vom Auswärtigen Amt in Bonn unterstützt wird und einmal auf eigenen Beinen stehen soll. Die Behörden erhalten Informationen und können besser auf die Bedürfnisse ihrer Gemeinden reagieren. Die „Peace-Worker“, die immer in Gruppen zwischen sechs und acht Personen unterwegs sind, erhalten ein geringes Entgelt und die Perspektive, nach Beendigung ihrer einjährigen Tätigkeit einen Ausbildungs- oder Studienplatz zu bekommen. Seit PDP im Township Langha aktiv ist, ging die Kriminalitätsrate um 25 Prozent zurück.

5.9. Centre for the Studies of Violence and Reconciliation (CSVR):

Das CSVR ist eine 1989 gegründete Nicht-Regierungs-Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, einen Beitrag zum friedlichen Wandel in Südafrika beizutragen. Das CSVR begleitete und untersuchte die TRC (siehe auch 4.2.) von Anfang an. Mit Beendigung der Anhörungen vor dem Menschenrechtsausschuss wurde klar, dass man damit nicht zugleich auch die Untersuchung der TRC einstellen konnte. Also wurde die sogenannte „Transition and Reconciliation Unit“ gegründet. Ziel war und ist es, mit dem vorhandenen Sachwissen Versöhnung, Demokratie und die Entwicklung einer Menschenrechtskultur in Südafrika zu unterstützen. Die Ergebnisse der neuen Untersuchungen sollen der Regierung sowie den Gemeinden zugute kommen. Wichtig ist den Forschern auch, den Versöhnungsprozess verständlich zu machen, psychologische, soziale und juristische Hilfe anzubieten sowie den Opfern weiter eine Stimme zu geben. Unter dem Dach des CSVR existieren daher auch eine „Trauma-Clinic“ und die „Khulumani“-Gruppen. Beide bieten Beratung für Menschen an, die unter Gewalt gelitten haben. In der Trauma-Klinik finden außerdem Workshops zum Thema Gewalt statt. Diese Kurse richten sich nicht nur an Opfer, sondern auch an Sozialarbeiter oder Polizisten. Traumatisierte Menschen sollen wieder in die Lage versetzt werden, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Die Khulumani-Gruppen wurden 1995 ins Leben gerufen, um das aufzufangen, was die TRC angestoßen beziehungsweise hinterlassen hat. Khulumani bedeutet „Sprich es aus!“. Alle, die es wollen und vor der TRC nicht die Gelegenheit erhalten haben, ihre Geschichte zu erzählen, sollen es hier tun können. Zudem wird praktische

Hilfe angeboten (z.B. Formular-Ausfüllen). Khulumani leistet ein unschätzbaren Dienst in Gemeinden, in denen durch die Gewalt der letzten Jahrzehnte tiefe Gräben entstanden sind. Ähnlich wie CSVR arbeitet aus das „Centre of Conflict Resolution“ in Kapstadt. Der Ansatz ist noch wissenschaftlicher als der von CSVR, aber das Ziel ist das gleiche: Einen Beitrag leisten, damit Südafrika befriedet werden kann.

6. Fazit:

Nach allem, was ich während meines Aufenthalts in Südafrika gesehen, erlebt und erfahren habe, fällt das Fazit sehr nüchtern aus: Die Wahrheits- und Versöhnungskommission hat 20.000 Statements bearbeitet, geprüft und dokumentiert. 2.000 Menschen konnten sich die Last der Vergangenheit von der Seele reden. 7.000 Personen haben das Angebot wahrgenommen und einen Amnestieantrag gestellt (die meisten wurden allerdings abschlägig beschieden). Diese Zahlen lassen nur erahnen, wieviele Menschenrechtsverletzungen es in Südafrika tatsächlich gegeben haben muss. Das gilt vor allem, wenn man bedenkt, dass sich die TRC nur mit schweren Menschenrechtsverletzungen befasste. Wer gefoltert wurde, aber keinen bleibenden Schaden davontrug, fiel durch das Anhörungsraster. Auch Verbrechen, die im Rahmen gültiger Apartheid-Gesetze begangen wurden, fanden vor der TRC keine Beachtung; genannt seien hier nur „Group Area Act“, „Job Reservation ACT“). Trotzdem begrüßte die schwarze Bevölkerung die TRC und nahm sie an. Die Erwartungen konnte das Gremium allerdings nie erfüllen. Dieser Eindruck hat sich in vielen Gesprächen vor allem mit Schwarzen verfestigt. Nur 10 Prozent der Antragsteller fanden vor dem Menschenrechtsausschuss Gehör. Mit den Nachforschungen zu Verbrechen, die jahrelang zurücklagen, war die Investigative Unit überfordert. Immer wieder waren Vorwürfe zu hören, dass Informationen und Antworten von seiten der TRC nur spärlich geflossen seien. In den meisten Orten zeigte sich die Kommission nur ein einziges Mal. Unzufriedenheit und Frust waren die Folge. Die TRC stand außerdem von Anfang an unter Zeitdruck. Wie sollten unter solchen Umständen dreißig Jahre Menschenrechtsverletzungen in zweieinhalb Jahren aufgearbeitet werden? Chronisch unterbesetzt und stets am finanziellen Abgrund arbeitend stieß die TRC zudem bei der weißen Bevölkerung und bei den meisten 'weißen' Parteien auf wenig Kooperationsbereitschaft. Dies gilt auch für den regierenden ANC, der sich vor allem kurz vor der Veröffentlichung des Abschlussberichts in negativer Hinsicht hervorgetan hat. Die Herausgabe sollte verhindert werden, weil auch der ANC in Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen darin erwähnt wird. Vehement wird die Ansicht vertreten, während des Befreiungskampfes begangene Verbrechen seien weniger schwerwiegend als die des früheren Apartheid-Regimes. Die „Inkatha Freedom Party“ (IFP) von Innenminister Buthelezi hat der TRC stets die Zusammenarbeit verweigert. Bekannt ist, dass die IFP und das Apartheid-Regime Berührungspunkte hatten. Aber die Drohung Buthelezis, Südafrika werde brennen, falls die TRC Inkatha-

Leute behelligen sollte, wurde ernst genommen. Zu einem Statement zur TRC war trotz meines starken Bemühens niemand aus den Reihen der IFP bereit. Die „National Party“ konnte sich bislang noch nicht von ihrer Vergangenheit lösen. Sie tut sich schwer die neuen Verhältnisse zu akzeptieren. Ihren anfänglichen Widerstand gegen die TRC gab sie nur vorübergehend auf. Die Kommission wurde immer wieder in Frage gestellt und als Instrument bezeichnet, das benutzt werde, um mit der alten Regierung abzurechnen (von ‘witch hunt’ war die Rede). Einzig die „Democratic Party“ kann als hauptsächlich weiß geprägte Partei auf eine unbelastete Vergangenheit zurückblicken und der TRC eine positive Seite abgewinnen.

Die in das Amnestie-Angebot gesteckte Hoffnung erwies sich als Fehlschlag. Nur vereinzelt zeigten sich ehemals ranghohe Politiker oder Militärs bereit, die Tür zur Vergangenheit einen Spalt breit zu öffnen. Mehr aber auch nicht. Das zeigen die Anhörungen, die ich in Bloemfontein und Pretoria mitverfolgen konnte. Die meisten Apartheid-Politiker gehen offenbar davon aus, nicht entlarvt werden zu können. Sie ziehen es vor, der Geschichte schweigend ihren Lauf zu lassen und hoffen darauf, dass beim großen Feuer auf dem Hof der Geheimpolizei in Pretoria auch sie betreffende Dokumente in den Flammen zu Asche wurden. Der Amnestie-Gedanke stieß außerdem bei vielen Angehörigen von Opfern auf wenig Gegenliebe. Beispiele hierfür sind die Hinterbliebenen von Studentenführer Steve Biko oder der Anti-Apartheid-Aktivistin Ruth First. In ihren Augen ist es falsch, Folterer und Mörder freizulassen, wenn sich diese im Gegenzug lediglich bereit erklären müssen, die volle Wahrheit über eine Begebenheit zu erzählen. Eine Wahrheit, die nur die Wahrheit der Berichtenden sein kann, weil es nichts und niemanden gibt, der das Erzählte widerlegen könnte.

Trotz der genannten Unzulänglichkeiten meine ich aber doch, dass die Wahrheits- und Versöhnungskommission das Gesicht Südafrikas tatsächlich verändert hat. Das wird an Hand von zwei Dingen deutlich: Erstens stellte die TRC einen Kompromiss dar, mit der sowohl die alten Machthaber als auch die neue Regierung leben konnten. Die Übergabe der Macht konnte dadurch relativ friedlich gestaltet werden (wobei ‘relativ’ mit starken Einschränkungen verbunden ist, schließlich wurden zwischen 1990 und 1994 15.000 Menschen bei politisch motivierten Gewalttaten getötet). Zweitens: Zwar wird die TRC längst nicht mehr von allen Bevölkerungsgruppen wahrgenommen, aber sie hat eines tatsächlich erreicht: Niemand kann noch behaupten, nichts über die Greuelthaten der Apartheid-Ära wissen zu können (wenngleich die im Rundfunk übertragenen Anhörungen nach Aussagen vieler Weißer im Laufe der Zeit zum Abschaltfaktor wurden). Nicht vergessen darf man auch, dass höchstwahrscheinlich nie so viel Wahrheit ans Licht gekommen wäre, hätte man auf Gerichte vertraut. Ohne (schriftliche) Beweise ist die Bereitschaft auszusagen sicherlich noch geringer, als das ohnehin schon der Fall war. Außerdem kann man davon ausgehen, dass Gerichtsverfahren die tiefen Gräben in der südafrikanischen Gesellschaft verfestigt hätten. In der schwarzen Bevölkerung gibt es nach meinem Eindruck nur wenige, die Wert auf ein Gerichtsverfahren legen würden. Wichtiger ist es, die Wahrheit zu erfahren

und zu wissen, wo Angehörige verscharrt worden sind, um deren sterbliche Überreste bestatten zu können. Nur so kann der Geist des Toten Frieden finden.

Betrachtet man die schlechte Ausstattung und das strenge Zeitkorsett der TRC sowie die stetigen Appelle in die Zukunft zu blicken, wenn die Kommission ihre Arbeit erledigt hat, dann wird deutlich, dass das Gremium hauptsächlich den oben erwähnten politischen Zweck erfüllen sollte nämlich den friedlichen Übergang von der alten zur neuen Regierung. Diesen Zweck hat die TRC erfüllt. Zusätzlich hat sie durch ihre Tätigkeit eine Grundlage geschaffen, auf der viele Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) aufbauen können. Die NGO's leisten einen unschätzbaren Dienst, denn sie versuchen, die Folgen der Apartheid zu beseitigen. Außerdem sind sie in der Lage, an die örtlichen Gegebenheiten angepasste Programme anzubieten, um den Menschen Perspektiven zu eröffnen. Beispiele wurden vorgestellt. Einigen Organisationen ist es gelungen, ein Stück Gewalt aus der Gesellschaft zu verbannen. Das ist wichtig in einem Land, in dem Gewalt nach wie vor eines der größten Probleme darstellt. Auch die Staatsspitze hat das erkannt: „Die Beseitigung von Ungleichheit und Armut ist die beste Garantie für die Überwindung von Verbrechen, Instabilität und Spannungen in den Kommunen“, sagte Mandela im Winter 1998 auf einem Kongress, der anlässlich der Gewalt gegen weiße Farmer in Kwa Zulu/Natal und Mpumalanga anberaumt wurde (seit 1994 wurde dort rund 600 weiße Farmer ermordet). Zudem belasten viele ungelöste Fragen das Verhältnis zwischen Schwarzen und Weißen. Zum Beispiel besitzt die weiße Minderheit trotz der vom ANC versprochenen Bodenreform noch immer 80 Prozent des Landes. Hohe Arbeitslosigkeit, die Armut, der latent vorhandene Rassismus und die daraus resultierende Perspektivlosigkeit bieten ebenfalls keine guten Voraussetzungen für den erfolgreichen Aufbau eines Landes. Das klingt sehr düster. Aus meiner Sicht gibt es aber auch Hoffnung. Sie wird getragen von Menschen, die daran glauben, eine Gesellschaft ohne Rassenhass und ohne Gewalt aufbauen zu können. Sie wissen, dass die TRC nur den Anstoß zur nationalen Versöhnung geben konnte. Und sie wissen, dass sie deswegen noch einen langen Weg vor sich haben.